

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.00 Mark, durch die Post 3.00 Mark
ausgeschlossen Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im amt-
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Saale-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quotenangabe
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Sensur der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,
Postfach-Skonto Leipzig Nr. 4609.

Anzeigen
werden die Doppelte Kolonnenzeile
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unseren Annahmestellen
und allen Anzeigen-Abteilungen an-
genommen. Reklamen die Seite 1 Uhr
Schluss der Anzeigen-Annahme
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abstellun-
gen von Anzeigenanfängern, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheinet täglich zweimal
Sonntags einmal
Schickung und Samstagsbesuche
Stelle: Halle, Dr. Braunhauserstr. 17.
Neben-Druckerei Halle Markt Nr. 24.

Nr. 322.

Halle, Donnerstag, den 12. Juli

1917.

Erfolge gegen die Engländer.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen.

Eine Ergänzung der Osterbotschaft.
WTB. Berlin, 11. Juli. (Amtlich.) Se. Majestät der König haben an den Präsidenten des Staatsministeriums den folgenden Erlass gerichtet: Auf den mit in Befolgung meines Erlasses vom 7. April dieses Jahres gehaltenen Vortrag meines Staatsministeriums bestimme ich hierdurch in Ergänzung desselben, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzuliegende Gesetzentwurf wegen Abänderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrechte stattfinden können. Ich beauftrage Sie, das hiernach Erforderliche zu veranlassen.
Großes Hauptquartier, den 11. Juli 1917.
K. Wilhelm R.
Gegenges. v. Bethmann Hollweg.
An den Präsidenten des Staatsministeriums.

Der Erlass des Kaisers wird im Volke nicht die Befriedigung auslösen, die ein rückhaltloses Eintreten der Krone für das gleiche Wahlrecht zu einer früheren Zeit sicherlich im Gefolge gehabt hätte. Nichtsdestoweniger wird man den Entschluß des Kaisers, in dieser Frage der Forderung des Volkes zu entsprechen, mit Genugtuung begrüßen.

Der Kommentator, den die „Nordd. Allg. Ztg.“ dem Erlass hinzusetzt, nennt den Erlass einen Akt von entschloßener Bedeutung, und sie hat zu weitläufigem Recht, wenn die Krone sich nun für den Entwurf mit ihrer ganzen Kraft einsetzt; denn die Zusammenfassung des preussischen Landtags ist der Schlüssel nicht nur für die Entwicklung in Preußen, sondern auch — wir haben das geteilt schon erläutert — in Folge des Einflusses der preussischen Stimmen auf die Bundesversammlung — in ganz Deutschland. Aber die Vorlage der Regierung für die Wahl zum Abgeordnetenhaus hat noch manche gefährliche Rippen zu passieren, ehe sie Gesetz wird. Wir haben ja in den Verhandlungen vergangener Jahre und noch bis in die unmittelbare Gegenwart verfolgen können, mit welcher Energie die Konservativen sich der Neuordnung widersetzen, die ihnen ihre Vorzugstellung nimmt. Wenn die Krone jetzt die Vorlage nicht nur einbringen läßt, sondern sie auch gegen die konservativen Wehrheit des Abgeordnetenhauses gegen das gleiche Wahlrecht sind ja dort auch Nationalliberale und Zentrum, die die Konventionen verläßt — durch sie will, dann gibt es einen harten Kampf. Und dieser Kampf muß im Abgeordneten- und im Herrenhaus durchgeschlagen werden. Der Erlass, der eine auf das gleiche Wahlrecht gegründete Vorlage anordnet, ist nur dann eine entscheidende Tat, wenn man gewillt ist, dem zehnten Abgeordneten- und Herrenhaus gegenüber jedes verfassungsmäßige Recht anzunehmen. Ein wirksames Recht besteht zweifellos, wenn man die Kompetenz-Kompetenz des Reichstages nicht nur in der reichsgesetzlichen Regelung der einzelstaatlichen Verfassungsfragen.

Da die Konventionen den Erlass als Kampfanlage auflassen müssen und da sie noch niemals gutwillig auf Vorrechte verzichtet haben, müssen die Reichsregierung und die Krone damit rechnen, daß die Gegner des gleichen Wahlrechts im Landtage und außerhalb des Landtags alle Kampfmittel gebrauchen und der Vorlage ihre Zustimmung möglichst weitverbreiten oder sie auf dem Wege durch Obstruktion und Veränderung des Entwurfs zu Fall zu bringen suchen. Dann aber muß sich die Krone wiederum exponieren, wenn sie die Reichstagsfrage anruft. Sie stellt sich damit in den Mittelpunkt des Kampfes und sie wird von rechts und links angegriffen werden. Von rechts, weil sie die Volksforderungen entgegenkomme, von der äußersten Linken aber wird von ihr vorerwartet, daß sie nicht genug getan habe, um ihre Zulagen einzulösen.

Alle diese Kämpfe und ihre Einwirkung auf die Stellung der Krone zu den Parteien im Volke konnten vermeiden werden, wenn man die Zuständigkeiten nicht in die Hände, sondern — einmal von der Notwendigkeit der Neuordnung überlassen — ganze Arbeit machte und den Vorhänden des Verfassungsauflösung folgte. Eine parlamentarische Lösung der Reichstagsfrage und die unbedingte Anerkennung der Kompetenz-Kompetenz des Reiches hätten die Krone aus der Kampfmitteln gezogen und die Verantwortung für die notwendigen Maßnahmen der Mehrheitsparteien aufgebürdet. Diese waren auch in der Lage, die volle Verantwortung zu übernehmen, da die Gestaltung der Dinge ihrer Willkür entsprach. Die Lösung, die man jetzt für Preußen gefunden zu haben glaubt, ist keine Lösung; man kann vielmehr in dem Erlass über die Wahlreform nur eine Absichtsaussage sehen, die zunächst den guten Willen der Krone befundet, zu einer Verhinderung mit dem Volke zu kommen. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, nunmehr werde die Reichstagsmehrheit die weitestgehenden Forderungen wenigstens zeitweise vertragen. Der Wagen ist jetzt in voller Fahrt; aufhalten läßt er sich nicht mehr. Es kommt jetzt darauf an, ihn richtig zu lenken, damit er nicht auf Hindernisse stößt, die ihn durch den Ausfall eine andere Richtung geben und die Unfälle gefährden können. Das Wahlrecht hat nur dann für die Gesamtheit einen Wert, wenn es zugleich zu einem Mitbestimmungsrechte des Volkes wird. Ein solches Mitbestimmungsrecht aber ist die Entnahme der Regierung aus den Mehrheitsparteien voraus.

Antlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB. Großes Hauptquartier, 12. Juli.
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Der Angriff der Marine-Infanterie am 10. Juli stellt einen schönen, großen Erfolg dar; der Feind hat Gegenangriffe nicht zu führen vermocht.
Die Kampftätigkeit der Artillerie war gestern in Flandern, vor allem südöstlich von Ypern, an der Artois-Front, bei Lens und Bullecourt, gesteigert.
Mehrere Erdungsumkehrungen wurden von uns erfolgreich durchgeführt.
Bei Mondy stürmten Stosstruppen eines holländischen Regiments, unter vortrefflicher Mithilfe von Flammenwerfern, eine Reihe englischer Gräben, aus denen eine größere Zahl von Gefangenen zurückgebracht wurde.
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
In der Westfront und auf dem linken Massener entwickelten sich im Laufe des Tages heftige Feuerkämpfe. Einige Aufklärungsgefechte endeten günstig.
Heeresgruppe Herzog Albrecht.
Nichts Wesentliches.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Front des Generalleutnants Prinzen Leopold von Bayern.
Wieder war bei Riga, Smorgon und Darnowitsch die Feindtätigkeit lebhaft; auch bei Dack und auf dem ostgalizischen Kampffeldesschloß bei Zelnowitz zu erheblicher Stärke an. An der Südküste wurden russische Jagdgruppen, am Stogod, südlich von Kowel, feindliche Zeilangriffe zurückgewiesen.
Zwischen Dnestr und Karpaten künftigen die Kämpfe mit gemäßigten Wechsellagen gegen die Donica-Stellung vor; bei Kadij erreichten Kosaken das Westufer des Russes.
Mazedonische Front.
Nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

U-Boottaten.

Berlin, 12. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiete um England wurde wiederum eine größere Anzahl Dampfer und Segler versenkt.
Daranter befanden sich: der bewaffnete englische Transportdampfer „Armadale“ (6155 T.) mit Truppen, Munition und Proviand von Liverpool nach Saloniki, der italienische Dampfer „Polina Madre“ mit 940 T. Weins von Amerika nach England und ein großer unbekannter Dampfer, der aus einem Geleitzuge herausgeschossen wurde.
Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Bern, 11. Juli. Dem „Times“ zufolge wurde am 2. Juli der französische Dampfer „Diana“ nach einem Feuergefecht von einem U-Boot versenkt.
Amsterd., 11. Juli. Aus Blijssingen wird gemeldet, daß der holländische Segler „Koeftina“ von einem Unterseeboot nach Zebrügge angegriffen wurde.

gahung leben, die zunächst den guten Willen der Krone befundet, zu einer Verhinderung mit dem Volke zu kommen. Aber man irrt sich, wenn man glaubt, nunmehr werde die Reichstagsmehrheit die weitestgehenden Forderungen wenigstens zeitweise vertragen. Der Wagen ist jetzt in voller Fahrt; aufhalten läßt er sich nicht mehr. Es kommt jetzt darauf an, ihn richtig zu lenken, damit er nicht auf Hindernisse stößt, die ihn durch den Ausfall eine andere Richtung geben und die Unfälle gefährden können. Das Wahlrecht hat nur dann für die Gesamtheit einen Wert, wenn es zugleich zu einem Mitbestimmungsrechte des Volkes wird. Ein solches Mitbestimmungsrecht aber ist die Entnahme der Regierung aus den Mehrheitsparteien voraus.

Herr v. Bethmann Hollweg ist auf halbem Wege stehen geblieben. Er hat den Ernst der Stunde nicht voll gewürdigt. Das läßt uns Zweifel hegen, ob er der rechte Mann sein wird, die Neuordnung, die er angeht und die nach seinem Rate mit der Osterbotschaft und dem Juli-Erlass nun in die Wege geleitet ist, selbst durchzuführen. Den Kaiser verlangt — das darf nicht ungelöst bleiben — ein reines, hartes Votum aus; leider aber ist dies Votum noch nicht hart genug, um sich in kurze Daten umzusetzen, und so dürfte er in Kürze vom Schauplatz abtreten müssen, ehe das Werk vollendet ist, das er — von Vaterlandsliebe und Verantwortlichkeitsgefühl erfüllt — begann. Vielleicht fällt er, der des Kaisers Vertrauen besitzt, dem Mißtrauen zum Opfer, das ihm von anderer an den Beschluß des Reichstages entgegengebracht wurde.

WTB. Berlin, 11. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt zu obigem Erlass: Der vorstehende Erlass schließt über die Frage des preussischen Wahlrechts volle Klarheit. Die in der Osterbotschaft zunächst offengelassene Frage, ob die Reformvorlage neben dem direkten und geheimen Wahlrecht ein Pluralwahlrecht oder das gleiche Wahlrecht vorzuziehen habe, ist nunmehr in leuchtender Klarheit entschieden worden. Damit ist dem Staatsministerium, nachdem es Sr. Majestät dem König den besprochenen Vortrag gehalten hat, ein bestimmter Weg für die Ausfertigung der Vorlage vorgezeichnet, über die der Landtag zu beschließen haben wird. In dem der König in freier Entscheidung seinen Willen kundgab, bekräftigte er in weitest möglicher Tat sein feines Vertrauen in unser Volk, das so Glanzendes vollbracht hat, dem so Gewaltiges anvertraut ist. Es ist ein Akt von entscheidender Bedeutung für Preußen und für Deutschland, den Sr. Majestät mit der Zeichnung des Erlasses vollzogen hat. Daß dieser Akt, der aus dem gemäßigten Geschehen dieses Krieges die notwendigen Folgerungen zieht, für Krone und Volk von dauerndem Wert sein werde, ist unsere feste Zuversicht.

Professur.
Zum kaiserlichen Erlass über das preussische Wahlrecht meint die „Allg. Ztg.“, man dürfe aus der Tatsache, daß der Erlass die Gegenzeichnung Bethmann Hollweg trage, den Schluss ziehen, daß der Kaiser nicht beabsichtigt, auf die Mitarbeit des jetzigen Leiters der preussischen Staatsgeschäfte für vorläufig zu verzichten. — Nach dem „Vorwärts“ bedeute die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen für ganz Deutschland den entscheidenden Schritt zur Demokratie. — Nach dem „S. Z.“ zeige die kaiserliche Rundgebung, daß der Kaiser den Standpunkt des Herrn v. Bethmann Hollweg in der preussischen Reichstagsfrage gebilligt habe. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ betonen, dieser Erlass bringe nur eine der vom Kaiser und den Regierungen zu lösenden Entscheidung. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, damit sei ein Schritt vollzogen, der in der Form der offiziellen Botschaftsentscheidung deutlich den Stempel Bethmann'schen Geistes trage.

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Die Befriedigung über das Erreichte wird etwas gemindert durch die Fassung, die der Anknüpfung gegeben ist. Die Vorlage soll „so frühzeitig“ eingebracht werden, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrechte stattfinden können“. Das ist ein zermahlen unfklar ausgedrückter Wunsch, man recht, so bleibt die Frage noch offen, ob die Vorlage schon in diesem Herbst eingebracht werden wird.“

Die „Berliner Volkszeitung“ aber sagt: Die Nachricht von der Einführung des gleichen Wahlrechts, die uns in später Nachtstunde zugeht, wird in Preußen und darüber hinaus in ganz Deutschland freudigen Widerhall finden. Die Gleichheit im Schicksal und vor der Regel des Feindes kann nur zur vollen Rechtfertigung der Bürger führen. Nachdem der König von Preußen diese klare Folgerung zieht, legt er ein Bekenntnis zum Volke ab, das jeder reiche Früchte tragen wird. In den Schicksalstrahlen und dahinter wird die Rundgebung begeisternden Opfermut aufs neue wecken. Jedermann weiß jetzt, daß unser Verteidigungsstrategie in der Welt eine große gilt. In dem preussischen Landtag wird es jetzt sein, den Wunsch des Königs zu erfüllen und die Hoffnungen des preussischen Volkes nicht auszuheben werden zu lassen.

Der „Orientkurier“:
Nach den Verhandlungen, die zwischen Reichstagsmehrheit und Regierung in den letzten Tagen gepflogen wurden, ist jetzt durch den Erlass des Kaisers über die Abänderung des preussischen Wahlrechts der erste positive Schritt von Seiten der Regierung erfolgt. Mit ihm erfüllt sich nur ein Bruchteil jenes Programms, das die vier Parteien aufgestellt haben. Ob er dazu angetan ist, den Reichstag zur Nachgiebigkeit zu bewegen, steht sehr in Frage. Nach den Erfahrungen im Hauptsaal und nach der Haltung, die die vier Parteien in der letzten Sitzung des Reichstages angenommen haben, kann vermutet werden, daß die kaiserliche Politik nur als eine Abschlagszahlung betrachtet und auf der völligen Durchführung ihres Programms bestehen werden.

Die Wirkung auf das feindliche Ausland spiegeln folgende Äußerungen wider:
Die radikale Pariser „Lanterne“ bemerkt: „Alles liegt die Vermutung nahe, daß Bethmann Hollweg sich zurückzieht; niemals aber haben wir mehr Ursache als jetzt, sich durchzuhalten.“

Ferner schreibt die „Times“: „Wir wohnen nahezu lebendig dem vorbereiteten Artilleriefeuer einer neuen deutschen Friedensoffensive bei. Über alle Teatereffekte von Rotterdam müssen nur unsere Wachsamkeit verlässen, und die Alliierten dürfen ja nicht glauben, daß Deutschland vor dem Zusammenbrüche stehe.“

Weitere Meldungen
Berlinter:
WTB. Berlin, 12. Juli. Laut „S. Z.“ habe der Abgeordnete Espin die ihm angebotene Übernahme des Justizministeriums abgelehnt.



WLB. Berlin, 12. Juli. Wie verschiedene Blätter melden, habe die nationalliberale Reichstagsfraktion gestern nach nochmaliger Beratung der Lage es endgültig abgelehnt, sich den vom Abgeordneten Erberger dem Parteien vorgeschlagenen Friedensentwürfen anzuschließen.

WLB. Berlin, 12. Juli. Nach der „Morgenpost“ sei die Bildung eines „Kartells“ aus hervorragenden Parlamentariern und anderen Vertrauensmännern nur eine Halbheit. Erforderlich sei eine Reform an Haupt und Gliedern. Durch die Anknüpfung des gleichen Wahlrechts für Frauen sei die Lage noch nicht gelöst, aber von ihrer vollen Klärung nicht weit entfernt.

Der Kronrat.

Gestern nachmittag hat im Reichstagspalast ein neuer Kronrat stattgefunden. Der Kronprinz wohnte den Beratungen bei. Da es sich bei den hier zu fassenden Beschlüssen im wesentlichen darum handelt, ob und in welcher Form die Regierung zur Kundgebung der Mehrheitspartei Stellung nehmen und in welcher Weise sie ihre Forderungen darzulegen gedenke, ist an einer Lösung der Krise nicht eher zu denken, bevor eine Entscheidung über die Entscheidung des Kronrats vorliegt.

Möglichkeit einer längeren Dauer der Krise.

In parlamentarischen Kreisen wird darauf hingewiesen, man müge unter Umständen auch damit rechnen, daß die Lösung der Krise noch nicht unmittelbar bevorsteht. Die Fragen der Wahlrechtsreform betreffen schließlich nicht allein nur Preußen, sondern auch andere Bundesstaaten, und es liegt daher im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, daß deshalb erst mit den Bundesstaaten ein entsprechendes Abkommen zu Stande gebracht werden muß, ehe die Bundesrat einberufen wird. Sollte davon abgesehen werden können, dann erwartet man allerdings die Lösung noch unbestimmt während der laufenden Woche.

Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

T. U. München, 11. Juli. Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling ist heute vormittag zum Könige in einer längeren Audienz empfangen worden. Diese Audienz dürfte in der Hauptsache den Zweck verfolgen, eine Aussprache mit dem Könige herbeizuführen, bevor der Ministerpräsident als Vorsitzender des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten in den nächsten Tagen in Berlin ist, um dort, wie hier verlautet, den Bundesratsausschuß einzuberufen.

Ueber die Frage des Verbleibens des Reichstanzlers

Im Amte gehen die Meinungen und Nachrichten noch wie vor sehr auseinander. Am Mittwoch wurde verschiedentlich sehr enthusiastisch von einer Verabschiedung des Reichstanzlers gesprochen. Daß Herr v. Bethmann Soliman sein Vortrefflichkeit dem Kaiser zur Verfügung gestellt hat, wird ja wohl zutreffend sein, ebenso wie angenehmen ist, daß auch die übrigen Minister und Staatssekretäre dasselbe getan haben, um dem Monarchen bei der Neuordnung auch nach der persönlichen Seite hin ein wenig zu helfen. Angewiesenheit aber haben die Gerüchte über die bevorstehende Ausgliederung des Reichstanzlers neue Nahrung erhalten durch die Tatsache, daß der Kronprinz zu den Beratungen des Monarchen mit der Regierung herangezogen worden ist.

Das Verhältnis des Kronprinzen zu Herrn v. Bethmann

ist ja bekannt, und es braucht hier nicht an verschiedene Vorgänge, die sich noch vor dem Kriege abgespielt haben, erinnert zu werden. Auch während des Krieges scheint der Kronprinz Gelegenheit genommen zu haben, seiner Auffassung gelegentlich Ausdruck zu geben. So berichtet die „Ägäische Rundschau“, daß der Kronprinz, als der Reichstanzler ihm im Auftrage des Kaisers Mitteilung von der bevorstehenden Niederlassung machte, nicht verabsäumt habe, dem Kaiser seine schweren Bedenken hinsichtlich der Bethmann'schen Politik auszusprechen. Der Reichstanzler habe sich den weiteren Auseinandersetzungen über diese Frage damals dadurch entzogen, daß er erklärte, er erfülle den Auftrag des Kaisers, den Kronprinzen von dem Geschehenen in Kenntnis zu setzen. Ob diese Erzählung freilich zutrifft, wollen wir dahingestellt sein lassen. Hier kommt es nur darauf an, zu betonen, daß solche Dinge in gewissen Kreisen der Bevölkerung Glauben finden.

Daß die Konserwativen und die unabhängigen Sozialdemokraten ausgesprochene Gegner des Kanzlers sind, ist bekannt. Die Haltung der Zentrumspartei in ihrer Gesamtheit ist nach wie vor ungewiß. Was nun das Zentrum anlangt, so suchen die Gegner des Kanzlers es zu bezweifeln, als ob Herr v. Bethmann Soliman auch dort völlig ausgespielt und das ganze Vertrauen verloren habe. Die Zusammenhänge im einzelnen erscheinen dabei wenig einleuchtend. Dafür kommt jetzt die „Wolff. Ztg.“ die ganz zuverlässig“ gehört haben will, am Dienstag habe die Vorstandschaft des Zentrums im Auftrage der gesamten Fraktion an den Reichstanzler ein Schreiben gerichtet, in dem dem Sinne nach das Folgende steht:

„Die Vorstandschaft der Zentrumspartei des Deutschen Reichstags sieht in dem weiteren Verbleiben des Reichstanzlers auf seinem Posten eine Er schwerung der Herbeiführung des Friedens.“

Was ferner schon in der Morgennummer mitteilen, daß diese Nachricht zum Zentrum auf das höchste demotiviert wird. Sie war wieder eine der vielen Enten, die in der Redaktion der „Wolff. Ztg.“ bei dieser Gelegenheit aufstatterten.

Ueber die Stellung der nationalliberalen Reichstagsfraktion zur politischen Krise — nach dem Stande von Dienstag mittag — veröffentlichen die „Nationalliberale Korrespondenz“ längere Auslassungen, denen wir folgendes entnehmen:

„Sie, die nationalliberale Partei, erkennt den Standpunkt des Verteidigungskrieges, zu dem wir gezwungen worden sind, vollkommen an, setzt sich aber dafür ein, daß jeder Verteidigungskrieg ein politischer, militärischer und wirtschaftlicher die nötigen Sicherungen für die Zukunft schaffen muß, wenn anders unser Dasein nach dem Kriege nicht ernstlich und bedauerlich bedroht sein soll. Um unsere Grenzen, um unsere wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, steht die nationalliberale Partei das Kriegsgesetz weiter als

bis zu einer bloßen Wiederherstellung des früheren Zustandes. Nur ein Friede auf solcher Grundlage könnte dem Stand unserer glänzenden militärischen Erfolge und der Höhe unserer Opfer entsprechen. Die von Herrn Erberger vorgeschlagene Friedensformel umfaßt eine ganz andere Grundlage. Sie geht auf die schon erwähnten Verträge zwischen uns und dem Reichstanzler zurück, die die internationalen Vereinbarungen gewährleistet, die Willen in seinen früheren Postulaten zur Sicherung des Weltfriedens angeht. Wie die nationalliberale Partei von einem schwächlichen Verzichtsdienste nichts wissen will, so lehnt sie es auch ab, unsere künftige Sicherung internationalen Vereinbarungen und Gerichtshöfen anzuvertrauen. Sie ist der Überzeugung, daß lediglich die ungeschwächte Erhaltung unserer militärischen Wehrkraft den Fortbestand des Deutschen Reiches sichert, und daß diese Kraft der einzige Pfeiler ist, dem wir unsere Zukunft anvertrauen können.“

Des weitern verfährt die „Nationalliberale Korrespondenz“, daß die Ablehnung der Kriegserklärung am Montag durch die nationalliberale Reichstagsfraktion eine bestimmte und endgültige sei. Was die inneren Fragen anlangt, so trete die nationalliberale Partei nach wie vor für eine engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament ein. Wenn sich in dem Enke dieser Stunde die Berufung von Parlamentariern in die Regierung als die beste Form dieses Zusammenwirkens empfehlen sollte, so wird die nationalliberale Partei zur Mitarbeit freudig bereit sein.“

Aus Zentrumskreisen verlautet, daß sich im Reichstag auch ohne die Nationalliberalen für die beabsichtigte Kundgebung eine Mehrheit von etwa 300 Stimmen finden werde.

Die kommende Aussprache im Plenum.

Die Vollversammlung des Reichstages wird die Aussprache über die inneren und äußeren Fragen erst dann auf die Tagesordnung setzen, wenn der Hauptausschuß wiederum eingetretet ist. Dieser aber wird sich erst dann wieder versammeln, sobald der Reichstanzler in der Lage ist, über die Entscheidungen der Krone und der Reichsregierung verbindende Erklärungen abzugeben. Hierfür wird Abgeordneter Spahn als Vorsitzender des Hauptausschußes vorgeschlagen. Dies wird, wie wir von Redaktionskreisen erfahren, am kommenden Freitag der Fall sein, am Sonnabend soll dann die große Aussprache in der Vollversammlung beginnen. Daraus geht hervor, daß mit einer Klärung des Krisenstandes doch noch für die nächsten Tage gerechnet wird.

Die Fassung der Mehrheitskundgebung.

Die Mehrheitskundgebung, die nur die Kriegszusage betrifft, steht in ihren Grundzügen bereits fest. Es wird Bezug genommen auf die Stellungnahme, die der Reichstag am 4. August 1914 zum Ausdruck brachte, wonach Deutschland seine Waffen lediglich zur Verteidigung der Freiheit und Selbstständigkeit sowie der Unverletzlichkeit seines territorialen Besitzstandes ergreifen hat. Auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres, so wird in der Kundgebung ausgeführt, erstreckt die Mehrheit des Reichstages einen Frieden der Verhängung und der dauernden Veröhnung der Völker. Solange die feindlichen Regierungen einen solchen Frieden nicht zugehen wollen, ist das deutsche Volk und seine Reichstagsvertretung entschlossen, einmütig zusammenzutreten und den Kampf fortzusetzen, bis die Rechte Deutschlands und seiner Verbündeten gesichert sind. Die genaue Wöpfung der einzelnen Wendungen in der Kundgebung werden noch im Mehrheitsausschuß beraten. Grundätzlich dürfte aber wohl kaum wesentliche Änderungen vorgenommen werden. Als selbstverständlich wird angenommen, daß entweder die zu bildende neue Regierung oder die entsprechend umgewandelte und durch neue Männer zum Teil neu besetzte Regierung dieser Kundgebung vollinhaltlich und bedingungslos beitrifft.

Unser Parlamentsberichterstatter schreibt uns:

Am Reichstag eintrudelte sich heute erst in den späteren Vormittagsstunden regeres Leben. Im 9 Uhr früh waren die Räume noch öde und verlassen und nur im Gesetzmaler hatten sich etwa zwei Dutzend Abgeordnete eingefunden. Allmählich aber wurde es voller und in der Wandelhalle sah man größere und kleinere Gruppen im eifrigen Gespräch. Diese Gruppen waren durchaus interfraktionell gemischt; Zentrumslinke, Fortschrittler, Sozialdemokraten pflegten lebhafte Unterhaltungen. Besonders die Abgeordneten Spahn und v. Raper, die gestern vom Reichstanzler empfangen worden sind, wurden von den Parlamentarier mit Fragen über die Beurteilung der Lage beehrt. Von den Nationalliberalen und den Konserwativen waren nur wenige Mitglieder im Hause.

An der Ausschusstafel ist noch eine Sitzung des Ausschusses für das Wohnungswesen angelegt. Durch die Fraktionsstapel werden nur die Nationalliberalen zu einer Fraktionsitzung und nach dem Plenum eingeladen. Der Hauptausschuß ist auch noch nicht wieder einberufen und wird erst nach der Erklärung der Lage und nach Beendigung der Regierungstreue seine Beratungen fortsetzen. Heute dürfte seine Sitzung mehr stattfinden. Der interfraktionelle Austausch hat vorläufig ebenfalls seine Sitzung unterbrochen. Das hängt aber mit der noch ausstehenden Entscheidung der nationalliberalen Fraktion, wie man sagte, nicht zusammen. Die Vertreter der Fraktionen sind mit ihren Besprechungen fertig. Der Wortlaut der Friedenskundgebung ist festgelegt und die Mehrheit scheint entschlossen zu sein, auch ohne die Nationalliberalen ihren Vorschlag, da für die geplante Aktion auch so eine Mehrheit vorhanden ist. Diese Mehrheit dürfte sogar eine sehr starke werden, da mit dem Anschluß eines Teiles der Deutschen Fraktion (in Frage kommen hauptsächlich die christlichen Gewerkschafter), sowie der Polen, Estländer, Dänen und Welsen gerechnet werden kann. Uebrigens dürfen auch etwa 15 Mitglieder der Nationalliberalen mit den Mehrheitsparteiern rechnen. Es besteht die Hoffnung, daß die dem interfraktionellen Austausch verarbeitete Friedensresolution den Hauptausschuß nicht befriedigen, sondern als Antrag sofort an das Plenum gebracht und zur namentlichen Abstimmung gestellt werden soll.

Ueber die Frage des Verbleibens des Kanzlers im Amte gehen die Meinungen nach wie vor sehr auseinander. Immerhin erscheint sein Rücktritt noch keineswegs als gewiß. Die Mehrheitspartei stehen noch immer auf dem Standpunkt, daß, wenn er ihre Forderungen reiflos erfüllt, seinem Verbleiben im Amte

nichts entgegensteht. Allerdings scheint er bisher nur der praktischen Wahrheitsfrage vollständig nachgegeben zu haben. Wenn sich in denjenigen Parteien, die ihn und seine Politik bisher geglaubt haben, der Gedanke eines Kanzlerwechsels erregen wird, dürfte damit auch die Möglichkeit eines parlamentarischen Stimmens aufgestellt zu haben sein. Will er mit der Mehrheit des Reichstages einig werden, so wird er in bezug auf die parlamentarische Frage Engagements als bisher zeigen müssen.

Als Kandidat für den Fall eines Kanzlerwechsels wurde heute im Reichstag Herr v. Bülow genannt. In den Kreisen der Reichstagsmehrheit hätte man sich über die Möglichkeit der Einberufung eines solchen Gegners, auch das Zentrum hat ihm die Zeit der Blockpolitik nicht vergesen. Schrödermann für ihn sind eigentlich nur die Nationalliberalen. Selbst die Konserwativen würden in seiner Wiederberufung keine glückliche Lösung sehen. Zwei führende Abgeordnete der Mehrheitspartei sagten: Steht die Frage: Jo. Bethmann oder Bülow, so würden die Mehrheitspartei vermutlich einmütig gegen Bülow Stellung nehmen.

Ungarische Pressestimmen zur deutschen Krise.

T. U. Budapest, 12. Juli. Sämtliche Budapest Blätter beschäftigen sich heute in fastenlangen Leitartikeln mit den politischen Ereignissen in Deutschland. „Pesti Hírlap“ bringt keine Ausführungen unter dem Titel: „Deutschlands Schicksalsstunden“; der radikale „Ullár“ spricht von der „deutschen Umgestaltung“; das Sozialistengorgan „Nepvada“ überspricht einen Artikel mit: „Die deutsche Krise“ und „Pesti napló“ nennt in seinen Auslassungen Deutschland „das Land der Geheimmisse“. Alle Blätter aber hegen den gemeinsamen Wunsch, die deutsche Regierung möge die richtigen Wege finden, um die große Frage über Krieg und Frieden rasch und auf einer Lösung zu bringen. „Nepvada“ und die übrigen Blätter müßten mit einer neuen Politik einsehen. Deutschland müsse jetzt eine klare Entscheidung treffen, und diese Entscheidung sei nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Menschheit von Wichtigkeit.

Abg. Dr. Spahn in der Zentrumsitzung schwer erkrankt.

Berlin, 12. Juli. In der heutigen Fraktionsitzung des Zentrums, die um 11 Uhr vormittags stattfand, erkrankte zunächst der Abgeordnete Dr. Spahn, wurde ein unter dem 27. Offiziere waren hätte. Die Fraktionsitzung wurde darauf ausgesetzt. Präsident Dr. Spahn verließ zunächst im Fraktionszimmer. Zwei Ärzte, die Wöba. Dr. Geisler und Dr. Schöb, bemühen sich um den Kranken, der zunächst das Bewußtsein verloren hat.

Die Schlappe der Engländer.

Vor einigen Wochen wurde bekannt, daß britische Truppen die Franzosen in den Verteidigungsanlagen unmittelbar an der holländischen Küste erbeutet hätten. Es handelt sich bei diesen Angaben um außerordentlich feste Befestigungen. Die holländische Flotte ist in der Front geblieben auf unserer Seite zu dem vom Marinestop gehaltenen Dünabeschuß. Und deutsche Marineinfanterie war es, die die eben warm gewordenen Engländer aus dem von der Küste bis Lombardische reichenden Frontteil hinaus und über die Meer zurüdrückte. Ein planmäßig geleitetes Wirtungsgeschick der Artillerie hatte den Sturm vorbereitet, wobei schon für das genaue Einschlagen unserer Flieger wertvolle Dienste leisteten. Die Engländer blieben auf ihrer letzten blühigen Verlusten 1250 Gefangen, die hier abgeführt wurden. Auch die Besatzung der vier abgebrannten Schiffe war um einen glänzenden Ueberfall handelt, der alle Vorzüge unserer Bajonetts und ihren tapferen Offiziersgeist zeigte, sondern auch um einen taktisch und strategisch wichtigen Frontabschnitt.

Somit war die Kampftätigkeit im Westen durch das unglückliche Unglück beeinträchtigt. Aber unsere Truppen haben trotzdem in der Erdungsunternehmungen bei Reims und in den Argonnen, sowie zwischen Maas und Mosel gute Ergebnisse erzielt.

Den Sieg unserer Marineinfanterie

gibt der amtliche englische Bericht vom 11. Juli nachmittags folgendermaßen zu: Nach einer kräftigen, stündlichen Artilleriebeschließung machte gestern abend der Feind einen entschlossenen Angriff auf unsere Stellungen an der Front von Neuport. Infolge des zusammengefallenen feindlichen Geschützwehres waren die Besetzungen im Dünabeschuß in der Nähe der Küste eingebeutet und der Abschnitt selbst durch die Herabsetzung der Brücken über die Meer abgebrochen worden. Der Feind brang in unsere Stellungen auf einer Front von 1400 Yards und in einer Tiefe von 800 Yards ein und erbeutete das rechte Ufer der Meer. In der Nähe der Küste bei Lombardische wurde der Feind, nachdem er teilweise unsere vorbersten Stellungen besetzt hatte, in seine Gräben zurückgeschlagen.

Die Wahrheit über die Mannschlacht.

T. U. Basel, 11. Juli. Auf einen interessanten Beitrag zum Streit über die Schlacht an der Marne weist Oberst Egli in den „Basler Nachrichten“ hin, daß nach dem Zugeständnis eines französischen Generals der Ausgang der Mannschlacht in dem freigebliebenen Rückzug der deutschen Armeen bestand und keineswegs in dem französischen Sieg, zu dem sie die Ententeliegende unzulässiger verstanden hat.

„Sicher ist der Sieg.“

An die Vorstandsmittelglieder und Vertrauensmänner des schlesischen Bezirksverbandes des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden ist auf ein Begrüßungstelegramm folgende Antwort des Generalsekretärs als von S i e n d e n b u c h e e i n g e g a n g e n :

„Den Vorstandsmittgliedern und Vertrauensmännern des schlesischen Bezirksverbandes des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden herzlichsten Dank für die Gelösung unabweisbarer Liebe und Treue gegen Kaiser, König und Vaterland. Schwer ist die Zeit, aber sicher der Sieg.“

Militärische Entlassung Frankreichs.

Es) Die wegen ihrer angeblichen Friedenspropaganda von den französischen Gewaltthätern so viel geschmähte neue Pariser Zeitung „Le Pays“ meldet, am 18. Juli trete in Paris die wichtigste Konferenz der Verbündeten seit Kriegsausbruch zusammen. Auch Vertreter der russischen Regierung würden daran teilnehmen. Zur Erörterung länden alle sich auf die Kriegsliegung beziehenden Fragen, darunter auch die militärische Entlassung Frankreichs. Der Ausgleich zwischen den Truppenführern der Alliierten sei für Frankreich jetzt die wichtigste Frage.